

Einwohnerrat Pratteln

Protokoll Nr. 358

Einwohnerratssitzung vom Montag, 30. Oktober 2006, 19.00 Uhr, in der Aula Fröschmatt II

Anwesend	38 Einwohnerrats-Mitglieder 6 Gemeinderats-Mitglieder
Abwesend entschuldigt	Urs Baumann, Brigitte Frei, GR Elisabeth Schiltknecht
Vorsitz	Siegfried Siegrist
Protokoll	Bruno Helfenberger / Katja Furrer
Weibeldienst	Martin Suter

Bereinigtes Geschäftsverzeichnis

1.	Finanzplan 2007 – 2011	2442
2.	Zonenplan Siedlung, Mutation Nr. 11 „Stockmatt“, Bericht der BPK	2445
3.	Änderung des Abfallreglements – Durchsetzung des Monopols bei Siedlungsabfällen aus Industrie, Gewerbe- und Dienstleistungsbetrieben, 1. Lesung	2451
4.	Kenntnisnahme der Berichte der GPK und RPK zum Geschäft Nr. 2378 „Vorfinanzierung von Erschliessungskosten durch die Firma Möbel Pfister AG im Gebiet Grüssen“	2452
5.	Planung Pratteln Nord, Freigabe des Planungskredites für die Erarbeitung der Nutzungsplanung Pratteln Nord	2453
6.	Interpellation von Stefan Löw betr. „Quartierplanvorschriften Gewerbeareal Grüssen Pratteln / Möbel Pfister, FMC Geschäft Nr. 1866 und IKEA SA Geschäft Nr. 1865“	2376
7.	Interpellation von Mandana Roozpeikar betr. „Kostenexplosion in der Sozialhilfe“	2437
8.	Postulat von Gert Ruder betr. „Velosicherheit Pratteln Nord“	2446
9.	Interpellation von Benedikt Schmidt betr. „Stromverbrauch der Strassenbeleuchtung“	2447
10.	Postulat von Stefan Löw betr. „Informationsweitergabe aus der Gemeinde oder dem Gemeinderat“	2448
11.	Postulat von Heinz Schiltknecht und Fredi Wiesner betr. „Abrechnung des Sitzungsgeldes“	2449

12. Interpellation von Eva Keller betr. „Verkehrsampel beim Schloss“

2450

13. Fragestunde (nach der Pause)

Neue persönliche Vorstösse:

- Interpellation von Thomas Vogelsperger betr. „Rollstuhlgängigkeit des Verbindungsweges Oberemattstrasse – Gemeindeverwaltung (Schlossstrasse)“
 - Interpellation von Heinz Schiltknecht betr. „Pratteln und die Luftreinhalte Verordnung“
 - Interpellation der SVP-Fraktion betr. „Wohlfühlen total“
-

Bereinigung Geschäftsverzeichnis

Geschäft Nr. 2439

Reglement über die Videoüberwachung, 2. Lesung

Geschäft Nr. 2445

**Zonenplan Siedlung, Mutation
Nr. 11 „Stockmatt“, Bericht der BPK**

Gert Ruder: Einleitend mache ich den Rat und das Büro dieses Einwohnerrates auf das Geschäftsreglement aufmerksam und daraus insbesondere auf den Pkt. 2.7, dort wo die Protokollführung, respektive das Protokoll geregelt sind. So heisst es unter Punkt 2.7.4: „Das Protokoll jeder Sitzung muss den Mitgliedern des Einwohnerrates und des Gemeinderates mit der folgenden Traktandenliste zugestellt werden und es muss während der nächsten Sitzung im Ratssaal aufliegen“. Nun, die Traktandenliste für die heutige Sitzung ist mit 10. Oktober datiert. Im Versand mit dieser Einladung Nr. 358 war das Protokoll der Septembersitzung nicht enthalten. Es wurde auf dieser Einladung auch kein Hinweis für den Grund der Verzögerung gemacht und auch der späteste mögliche noch sinnvolle, respektive wenigstens einigermaßen noch zeitgerechte Versand mit dem Eintreffen bei den Einwohnerräten noch vor den Fraktionssitzungen vom 23.10.06 ist ungenutzt verstrichen. Das heisst: es liegt eine klare Missachtung des geltenden Geschäftsreglements und damit auch ein reglementswidriges Verhalten des ER-Büros respektive des ER-Sekretariates vor. Dieser Umstand und diese Tatsache sind natürlich klar zu verurteilen und bedürfen dringend einer Korrektur. Das Büro wird deshalb deutlich darauf hingewiesen, ja aufgefordert die notwendigen Verbesserungen einzuleiten, und damit das Einhalten von Pkt. 2.7.4 des Geschäftsreglements ab sofort und für die Zukunft für den Ratsbetrieb sichergestellt ist. In diesem Zusammenhang und mit der nachfolgenden Begründung beantrage ich dem Rat, das Geschäft Nr. 2439 vom Geschäftsverzeichnis abzusetzen und erst an einer der nächsten Sitzungen zu traktandieren, dann wenn das Protokoll der ER-Sitzung vom September vorliegt. Das Geschäft 2439 beinhaltet eine zweite Reglementslesung. Eben bei einem Reglement und deren zweiter Lesung im Rat ist es für die ER-Mitglieder sehr wichtig, die jeweiligen Diskussionsbeiträge und Fragen aus der ersten Lesung nachvollziehen zu können, damit auf dieser Basis weiter beraten werden kann. Mit dem Nichtvorhandensein des Protokolls an den Fraktionssitzungen war eben diese so wichtige Möglichkeit nicht gegeben. Ich bitte Sie deshalb, meinen Antrag zu unterstützen und das Geschäft Nr. 2439 vom Geschäftsverzeichnis abzusetzen.

Weiter zum Geschäftsverzeichnis: Ebenfalls im gleichen Zusammenhang mit dem nicht rechtzeitig vorhandenen Protokoll wäre es an und für sich logisch und richtig, auch das Geschäft Nr. 2445 „Mutation Zonenplan Siedlung Stockmatt“ vom Geschäftsverzeichnis abzusetzen. Bei diesem Geschäft bin ich noch etwas unentschlussen, ob es tatsächlich auch abgesetzt werden muss. Ich würde einem Absetzungsantrag, wenn er gestellt würde, wohl zustimmen. Ich sehe aber auch, dass durch die BPK entsprechende Abklärungen im Auftrag des ER gemacht wurden und möglicherweise dadurch die Interessen genügend gewahrt sind. Allerdings ist es durchaus nicht klar, ob wegen des fehlenden Protokolls nach einer heutigen allfälligen Beschlussfassung des Einwohnerrates, der Beschluss wegen eines Formfehlers als ungültig erklärt werden könnte. Gegebenenfalls ist es sinnvoller, heute den Bericht der BPK entgegenzunehmen und zu diskutieren, jedoch die definitive Beschlussfassung erst an der Novembersitzung nach dem Vorliegen aller ER-Protokolle, d.h. vom September und Oktober, durchzuführen. Dazu bitte ich die Ratsmitglieder um ihre Meinung.

Urs Hess: Ich kann Gert Ruder zustimmen und wir sind einverstanden, wenn wir das Geschäft Nr. 2439 auf die nächste Sitzung verschieben. Andererseits möchte ich das Geschäft Nr. 2445 behandeln. Den Bericht haben wir rechtzeitig erhalten.

://: Mit grossem Mehr gegen 2 Stimmen wird das Geschäft Nr. 2439 abgesetzt.

GR Rolf Wehrli: Wenn der Einwohnerrat konsequent und glaubwürdig sein will, dann muss er das Geschäft Nr. 2445 auch absetzen. Die BPK und die Verwaltung haben schnell reagiert, der Bericht wurde aber nachträglich verschickt. Wenn Sie das Geschäft nicht wegnehmen, dann macht der Einwohnerrat was er will. Sowohl mit uns als auch mit der Verwaltung. Sie müssen über die Ursache diskutieren, da wir die Traktandenliste 14 Tage vorher verschicken müssen. Irgendwann stossen wir an Grenzen. Ich verstehe das Votum von Gert Ruder, aber das Thema muss auch vom ER-Büro diskutiert werden.

Kurt Lanz: Ich hätte an der Fraktionssitzung gerne die Voten zum Videoreglement angeschaut. Beim Geschäft Nr. 2445 ist es etwas anderes. Es ist nicht zwingend, dass die Unterlagen mit der Traktandenliste verschickt werden. Das steht so in unserem Reglement.

Urs Hess: Der Einwohnerrat beschliesst über sein Geschäftsverzeichnis und nicht der Gemeinderat. Der Einwohnerrat will die Geschäfte etwas früher und das ist jetzt so.

Thomas Vogelsperger: Das Geschäft Nr. 2445 kann bleiben, weil wir alles rechtzeitig erhalten haben.

Geschäft Nr. 2456**Dringliche der SVP-Fraktion betr.
„Wohlfühlen total“**

Heinz Schiltknecht: Ich frage mich ernsthaft, was da dran dringlich ist. Das kann bis zur nächsten Sitzung warten und ich bitte Sie, die Dringlichkeit abzulehnen.

Rudolf Meury: Ich gehe mit Heinz Schiltknecht einig und ich finde es absolut „daneben“, so etwas überhaupt einzureichen. Das ist ein Fehlgriff und ich bin aufgebracht, dass die SVP so etwas überhaupt bringt. Am besten wäre es, wenn Ihr den Vorstoss zurückzieht.

Dieter Stohler: Ich sehe keine Dringlichkeit. Ich stelle generell fest, dass wir eine Inflation von Dringlichkeiten haben. Das mag mit Wahlkampf zu tun haben, aber wir müssen unsere Ressourcen dann einsetzen, wenn etwas wirklich dringlich ist.

Urs Hess: Wir erklären etwas für Dringlich, wenn es auch brennt. Hier brennt es und es hat Aufruhr gegeben. Wir bringen hier etwas, das die Bevölkerung aufwühlt. Ich bitte Sie, der Dringlichkeit zuzustimmen.

Dominik Strub: Damit wir es vom Tisch haben, ist der Vorstoss für dringlich zu erklären. Für die Betroffenen ist es eine unangenehme Situation.

Chantal Jenny: Dringlichkeit ist allein schon aufgrund der Aktualität und vom heiklen Thema gegeben. Heikel deshalb, weil eine gut gemeinte und auf den ersten Blick eigentlich harmlose Sache, unschön herauskommen könnte. Ich verweise auf die Frage 3. Es geht um keinen Fall darum, das Engagement in der Jugendarbeit in Frage zu stellen. Wenn wir es heute erledigen ist es vom Tisch.

://: Mit 22 : 10 Stimmen wird die Dringlichkeit abgelehnt.

Geschäft Nr. 2454**Ersatzwahl in den Schulrat der
Kreismusikschule**

Einwohnerratspräsident Siegfried Siegrist: Anstelle der zurückgetretenen Karin Mangold schlägt die SVP Rolf Hohler als neues Mitglied des Schulrates der Kreismusikschule vor.

Heinz Schiltknecht: Das Geschäft ist nicht auf der Traktandenliste und demnach kann man nicht abstimmen.

Einwohnerratspräsident Siegfried Siegrist: Das haben wir schon mehrmals so gemacht und ich habe klar gesagt, dass wir ein zusätzliches Traktandum haben.

Urs Hess: Wir haben schon lange eine Vakanz und ich habe unseren Vorschlag dem Büro mitgeteilt. Das Büro hat mitgeteilt, dass dies als Traktandum aufgenommen wird. Ich stelle den Antrag, das Geschäft aufzunehmen.

Kurt Lanz: Es geht darum, mir die Gelegenheit zu geben, abzuklären, was das für eine Person ist. So, wie das vorgeschlagen wird, habe ich diese Möglichkeit nicht. Ich bitte Sie, die Wahl beim nächsten Mal zu traktandieren.

Chantal Jenny: Das haben wir schon einige Male so gemacht.

Urs Hess zieht den Antrag zurück.

Geschäft Nr. 2442

Finanzplan 2007 – 2011

Aktenhinweis:

- Antrag des Gemeinderates vom 22. August 2006
- Bericht der RPK vom 18. September 2006

RPK-Präsident Christian Schäublin: Der Finanzplan zeigt uns realistische Zahlen und Annahmen. Er ist nach dem Vorsichtsprinzip erstellt worden. Die RPK empfiehlt Ihnen, den Finanzplan 2007 – 2011 zu genehmigen. Dank dem Geschenk des Finanzausgleichs von über 3 Millionen verbessert sich die finanzielle Lage der Gemeinde zwar kurzfristig, aber die ungünstigen Strukturen des Gemeindehaushaltes bleiben bestehen. Ab 2008 haben wir bereits wieder Verluste. Der Gemeinderat hat einmal mehr leider seine Hausaufgaben nicht gemacht. Keine Zusage wurde eingehalten. Kein Finanzplan vor den Sommerferien und keine Vorschläge zur Erreichung eines ausgeglichenen Finanzhaushaltes. Wäre der Gemeinderat eine Schulklasse, dann müsste er im Fach Gemeindefinanzen, mit Schwerpunkt angewandter Finanzausgleich, nachsitzen. Lieber Gemeinderat, es ist jetzt an der Zeit, die Strukturen zu hinterfragen, Vorschläge zu machen und Massnahmen zu ergreifen und nicht den einfacheren Weg des Hinausschiebens zu wählen. Es braucht dazu Einsatz und Wille. Der Finanzplan ist, wenn richtig angewandt, das richtige Entscheidungsmittel.

GR Max Hippenmeyer: Diese Schelte nehme ich entgegen, beeindruckt mich aber nicht. Ein Plan ist immer so gut wie die zu Grunde liegenden Zahlen und die Verlässlichkeit der getroffenen Annahmen. Und genau das ist die Krux der ganzen Geschichte. Hätte der Gemeinderat aufgrund des letzten Finanzplans die von der RPK geforderten, einschneidenden Massnahmen lanciert (z.B. Steuern erhöht, Blockzeiten wieder gestrichen, Schwimmbad und Bibliothek geschlossen) würden wir heute mit Kritik überschüttet. Aber das Glück der Tüchtigen (hier meine ich den Gemeinderat) bescherte uns eine einmalige „Finanzspritze“ des Kantons in Höhe von fast 3 Mio Franken und solche Sparübungen sind momentan obsolet. Im Gegensatz zu einem Unternehmen können wir nicht einfach einen Businessplan aufstellen und umsetzen, denn zu häufig und zu schnell werden die Rahmenbedingungen, auf die wir keinen Einfluss haben, geändert. Vieles ist auch jetzt noch ausserhalb unseres Einflussbereiches in der Schwebe und wird uns zwingen, jeden Finanzplan zu korrigieren. Ich denke da zum Beispiel an den Neuen Finanzausgleich, die Steuerreform, die Revision der Unternehmensbesteuerung oder die Diskussionen über die Schulharmonisierung, um nur einige Themen zu nennen. Selbstverständlich macht sich der Gemeinderat immer Gedanken – Finanzplan hin oder her – über die langfristige Entwicklung unserer Gemeinde und er ist sich auch bewusst, dass mit dem einmaligen Zustupf die Probleme bestenfalls hinausgeschoben wurden. Er hat auch bestimmte Ideen, wie unsere finanzielle Lage zu konsolidieren ist und ich habe diese der RPK ausführlich dargelegt (Offenbar erfolglos, sonst wäre das im Bericht entsprechend erwähnt worden). Verschiedene dieser Ideen oder Visionen sind noch nicht ganz spruchreif oder momentan erst in Bearbeitung und schon gar noch nicht vom Einwohnerrat beschlossen. Deshalb können sie auch nicht verlässlich jetzt schon im Finanzplan abgebildet werden. Ich kann Ihnen aber versichern, dass der Gemeinderat die Situation realistisch einschätzt und sich bewusst ist, dass Handlungsbedarf besteht, bevor unser Eigenkapital wieder aufgebraucht ist. Ich bin zuversichtlich, dass der nächste Finanzplan darüber schon mehr Aufschluss geben kann. Die Spezialfinanzierungen sind mit Ausnahme

der Abfallbewirtschaftung alle gesund und bieten weder Probleme noch Handlungsbedarf. Auf eine Fortschreibung wurde dieses Mal bewusst aus Effizienz- und Kostengründen verzichtet, wird aber im nächsten Jahr wieder erledigt. Die Sanierung der Abfallbewirtschaftung steht anschliessend auf dem Geschäftsverzeichnis und dieser Finanzplan muss dann auf Grund der getroffenen Beschlüsse angepasst werden. Ich bitte Sie, den Finanzplan 2007 – 2011 für die Laufende Rechnung der Einwohnergemeinde zu genehmigen.

Rös Graf: Die SP nimmt vom Finanzplan Kenntnis und wir danken den Personen auf der Verwaltung für die Arbeit. Vor allem danken wir der RPK und wir unterstützen die Haltung und die Schlussforderung der Kommission. Gemeinderat Hippenmeyer hat gute Ausreden vorbereitet und wir sind sehr enttäuscht, dass der Finanzplan nicht wie versprochen vor den Sommerferien bereit gewesen ist. Wir haben Vorschläge für einen ausgeglichenen Finanzhaushalt gesucht. Wir sind aber nicht fündig geworden. Im Fazit steht, dass bereits jetzt angefangen werden müsste, um negative Entwicklungen zu verhindern. Wir bitten den Gemeinderat, seine Versprechen einzuhalten und den nächsten Finanzplan termingerecht und inhaltlich korrekt abzuliefern.

Heinz Schiltknecht: Erstens: Wir haben vom Gemeinderat verlangt, dass er sich jetzt überlegt, was passieren könnte, wenn wir in den Bereich eines negativen Eigenkapitals kommen. Es geht nicht darum, das jetzt umzusetzen sondern darum, dass er sich jetzt vorbereitet und bereit ist für eine Umsetzung. Jetzt wäre eine günstige Gelegenheit gewesen, sich grundsätzlich Gedanken zu machen, wie man den Finanzhaushalt längerfristig in Ordnung bringt. Das nennen wir Finanzplanung. Gemäss Max Hippenmeyer sind die Spezialfinanzierungen gesund. Wir geben laufend Rabatt. Jetzt haben wir Geld und das ist unbestritten. Aber reicht das Geld, um alles das zu realisieren, was längerfristig gemacht werden muss? Neue Kanalisationen und Sanierungen. Wir kennen den Finanzplan der Kanal- und Wasserkasse nicht. Jemand muss doch wissen, wann was bei der Kanalisation fällig und wie viel das ungefähr kosten wird. Der Finanzplan ist unvollständig.

Benedikt Schmidt: Wir bedanken uns bei allen, die daran gearbeitet haben. Trotzdem stellen wir den Antrag auf Rückweisung. Die Argumente haben Sie von meinen Vorrednern gehört. Gemäss Gemeindeordnung soll der Finanzplan Massnahmen zur Beibehaltung oder Erreichung eines ausgeglichenen Haushaltes aufzeigen. Er tut das nicht. An der letzten Budgetsitzung haben wir gehört, dass die Sozialausgaben seit 2003 um 50 Prozent zugenommen haben und nun stagnieren sie ganz plötzlich. Auch Salina Raurica kann man noch nicht budgetieren, wird die Gemeinde aber Millionen kosten.

Stephan Burgunder, Philippe Doppler, Thomas Vogelsperger und Rudolf Meury lehnen eine Rückweisung ab.

Mandana Roozpeikar: Das Prinzip wurde nicht befolgt, dass der Gemeinderat (ohne den Erhalt des Finanzausgleichs von 3 Millionen) die Schaffung eines Ausgleichs aufzeigt. Deshalb ist eine Rückweisung absolut logisch.

://: Mit grossem Mehr wird der Antrag für eine Rückweisung abgelehnt.

Stephan Burgunder: In der letzten Debatte habe ich gesagt, dass die Gemeinde spätestens im Jahre 2007 Konkurs ist. Dank dem Geschenk des Kantons können wir das bis ins Jahr 2011 verschieben. Beim Betrachten des Finanzplans komme ich mir wie ein Feuerwehrmann vor. Der rückt auch erst aus, wenn es brennt. Wenn der finanzielle Druck nicht vorhanden ist, dann ist es sehr unattraktiv zu sparen. Sparen in guten Zeiten stösst auch in der Privatwirtschaft immer wieder auf Unverständnis. Das

Beispiel Post zeigt dies deutlich. Solche Prozesse auf Gemeindeebene umzusetzen ist noch viel schwieriger und dauern länger. Die Fraktion der FDP wird dem Finanzplan zustimmen.

Philippe Doppler: Ich zitiere Max Hippenmeyer aus dem Protokoll vom 20. Februar 2006: „*Ich bin froh feststellen zu dürfen, dass betreffend Handlungsbedarf ein Konsens besteht. Der Finanzplan hat keine rosigen Perspektiven und wir müssen handeln.*“ Was hätte der Gemeinderat gemacht, wenn das Finanzausgleichsgeschenk nicht gekommen wäre? Es ist effektiv Handlungsbedarf vorhanden. Ich mache dem Gemeinderat beliebt zu handeln, bevor Fünf vor Zwölf ist.

GR Max Hippenmeyer: Ich habe ja deutlich und mehrmals gesagt, dass Handlungsbedarf besteht. Das ist unbestritten. Wir sparen schon lange und machen eine Verzichtplanung. Das reicht aber nicht aus. Die Finanzen strukturell auf eine bessere Ebene zu bringen heisst Leistungsabbau. Seid ihr bereit, aufgrund von vagen Voraussetzungen so „husch husch“ etwas zu tun. Der Gemeinderat hat es im Griff und wir haben gewisse Dinge aufgegleist, die demnächst in den Einwohnerrat kommen. Dann könnt ihr Flagge zeigen.

Heinz Schiltknecht: Ein Fünfjahresplan ist bereits langfristig. Sie können es vergessen, auf zehn Jahre hinaus zu planen. Wir müssen jetzt handeln und ich verweise auf das Votum von Stephan Burgunder. Im Jahre 2008 haben wir bereits rote Zahlen.

Urs Hess: Der Gemeinderat hat schon beim letzten Mal von Handlungsbedarf geredet. Nun erhalten wir ein Papier, wo gar nicht gehandelt wird. Das sind nur Worthüllen von Max Hippenmeyer. In einen seriösen Finanzplan gehören die Perspektiven des Gemeinderates. Wenn der Einwohnerrat das dann nicht will, dann ist der Einwohnerrat in der Verantwortung. Am liebsten hätte ich den Finanzplan zurückgewiesen, aber die Fraktion hat mich überzeugt, dass nichts Besseres kommen wird.

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr gegen 5 Stimmen:

://: Der Finanzplan 2007 bis 2011 für die Einwohnergemeinde wird genehmigt.

Geschäft Nr. 2445

Zonenplan Siedlung, Mutation Nr. 11 „Stockmatt“, Bericht der BPK

Aktenhinweis:

- Antrag des Gemeinderates vom 5. September 2006
- Bericht der BPK vom 19. Oktober 2006

BPK-Präsident André Stöckli: Die BPK hat „Gas gegeben“ und vorwärts gemacht. Die BPK hat in erster Linie die Konformität der Zonenmutation mit der Teilzonenplanung „Pratteln Mitte“ überprüft. In zweiter Linie ist der BPK wichtig, dass das Quartier einen Laden erhält. Wir haben uns drei Schwerpunkte gesetzt. Sie haben einen neuen Plan erhalten. Die Gründe dafür ersehen Sie aus den Erläuterungen zum Perimeter der WG3 Zone. Das hat nichts mit dem Laden zu tun. In zweiter Linie haben wir die 1000m² geprüft. Im ehemaligen Spar besteht die Auflage, dass dort ein Laden vorzusehen ist. Dieser Laden hat aber nur 400 m² und es sind keine Interessenten vorhanden. Aus diesem Grund unterstützt die BPK die Bemühungen des Gemeinderates, dass hier ein Laden gebaut werden kann. Der dritte Schwerpunkt ist das Thema der Parkplätze und des ÖV. Theoretisch dürften 104 Parkplätze erstellt werden. Der Kanton schlägt 89 vor und aufgrund der Tatsache, dass das Tram in der Nähe ist,

könnte man auf 53 gehen. Die BPK empfiehlt dem Gemeinderat, das zu berücksichtigen und die Bauherrschaft zu motivieren, eine Einstellhalle zu bauen.

Urs Hess: Die BPK hat sich die Arbeit nicht einfach gemacht und alle Anliegen ernsthaft entgegen genommen und geprüft. Ich betone ganz klar, dass das Zonenreglement „Pratteln Mitte“ noch nicht genehmigt ist. Wohnen wäre aber gar nicht möglich, obwohl es noch enthalten ist. Deshalb kommt diese Mutation auch dem Sicherheitsgedanken entgegen. In Pratteln Mitte sind 1000m² für einen Quartierladen pro Quartier erwähnt. Das kann enger oder weiter interpretiert werden. Man hat gesagt, dass langfristig 1000m² angestrebt werden und wenn im ehemaligen Sparladen niemand gefunden wird, dann kann dort wieder Wohnraum entstehen. Schade finden wir, dass es keine Einstellhalle hat und bitten den Gemeinderat zu schauen, dass mit der Bauherrschaft ein gewisser Reduktionsfaktor ausgehandelt wird. Die SVP-Fraktion stimmt der Mutation einstimmig zu.

Eva Keller: Die SP dankt der BPK für die schnelle Bearbeitung und wir unterstützen die Anträge. Wir sind auch der Meinung, dass es dort unbedingt einen Laden braucht. Der einzige Anbieter am neuen Standort ist nicht wirklich ein Wunschkandidat. Aber zum Wohl des Quartiers immer noch besser, als gar kein Laden. Viele Anwohner denken ähnlich. Wir hoffen, dass die Parkplätze auf 53 reduziert werden, oder eine Einstellhalle gebaut wird. Unser grosses Anliegen ist es, dass gute und gedeckte Veloabstellplätze geschaffen werden. Ich bitte den Gemeinderat, diesen Punkt bei den Verhandlungen aufzunehmen.

Petra Ramseier: Ich gehöre zur Minderheit, die dem BPK-Bericht nicht zugestimmt hat. Grundsätzlich bin ich mit dem Bericht einverstanden und unterstütze auch die Empfehlungen. Ich bin dagegen, weil ich das Projekt nicht als Quartierladen bezeichne und es ist nicht gerechtfertigt, dass die vorliegende Mutation dem Projekt „Pratteln Mitte“ vorgezogen wird. Man sollte beim ehemaligen Sparladen nicht so schnell aufgeben. Es sind doch immerhin 400 m². Verhandlungen sind noch im Gang und sind noch nicht abgeschlossen. Ich bin optimistisch, dass man dort einen Laden hineinbringt und das Quartier mehr davon hat. Ich stelle den Antrag, das Geschäft abzulehnen.

Stefan Löw: Die FDP ist grossmehrheitlich gegen eine Stimme für die Mutation. Wenn man das Quartier betrachtet, dann sieht man, was für Wege die Leute zum Einkaufen machen müssen. Besonders bei misslichen Bedingungen. Es ist von grosser Wichtigkeit, dass die Leute eine Möglichkeit erhalten, Produkte des täglichen Bedarfs und Frischprodukte kaufen zu können. Das ist der zentrale Vorteil. Auch wir möchten dem Gemeinderat die von Eva Keller erwähnten Anliegen ans Herz legen.

Benedikt Schmidt: Was sagt der Gemeinderat zu den Vorschlägen der BPK.

GR Rolf Wehrli: Diese Wünsche nehmen wir selbstverständlich auf und werden diese im Rahmen des Baugesuchs mit der Bauherrschaft diskutieren. Es ist auch unser Bedürfnis, dort eine optimale Lösung zu finden, wo die meisten Interessen möglichst berücksichtigt werden, so dass wir eine win-win-Lösung haben.

Abstimmungen

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr gegen 10 Stimmen und 1 Enthaltung:

- ://: 1. Der Einwohnerrat stimmt dem abgeänderten Zonenplan Siedlung, Mutation Stockmatt, bestehend aus Zonenplanänderung und Ergänzung Zonenreglement Siedlung, zu.

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr gegen 4 Stimmen:

2. Der Einwohnerrat beauftragt den Gemeinderat mit der Durchführung des weiteren Verfahrens (gemäss § 31 RBG).

Geschäft Nr. 2451

Änderung des Abfallreglements – Durchsetzung des Monopols bei Siedlungsabfällen aus Industrie, Gewerbe- und Dienstleistungsbe- trieben, 1. Lesung

Aktenhinweis:

- Antrag des Gemeinderates vom 3. Oktober 2006
- Ergänzung des Gemeinderates vom 25. Oktober 2006

GR Felix Knöpfel: Die RPK hat im August 2005 vorgeschlagen, das Entsorgungsmonopol in Kraft zu setzen. Der Gemeinderat hat für alle Abfallarten eine Submission gemacht. Mit der heutigen Vorlage wollen wir eine Gebühr einführen für die Gewerbeabfuhr, analog Muttenz und Reinach. Die Monopolisierung der Gewerbeabfuhr. Mit dem Unternehmen, das die meisten Gewerbeabfälle schon abführt, haben wir die Gebühren verglichen. Die Gebühr, die jetzt im Raum steht ist nicht viel höher, als die Gebühr die vom Gewerbe bereits bezahlt wird. Unsere Annahmen sind aber nicht in Stein gemeisselt und wir weisen darauf hin, dass im nächsten Jahr eine allfällige Anpassung gemacht werden muss. Auf Grund der Rechtssicherheit schlagen wir vor, dass die Ergänzungen im Abfallreglement, Paragraph 11, Abs. 4 und 5 eingesetzt werden sollen. In anderen Reglementen (wie zum Beispiel im Öl- und Gasfeuerungs-, Wasser- und Tagesheimreglement) haben wir auch Anhänge, dies aus Gründen der Rechtssicherheit und Transparenz. Damit haben wir gute Erfahrungen gemacht. Wir bitten Sie, die 1. Lesung durchzuführen und im Dezember können wir mit dem Budget über die Gebühr abstimmen.

Heinz Schiltknecht: Die SP-Fraktion ist für Eintreten. Es ist nicht sehr glücklich, wie das Geschäft aufgegleist worden ist. Warum diese Änderung gemacht werden sollte, ist uns nicht ganz klar. Wollen wir das Monopol, ja oder nein. Wie teuer wird das für die Industrie und das Gewerbe, wenn wir das Monopol wollen. Wann werden die Gebühren festgelegt? Das kann man ohne Reglementsänderung und ist für diesen Beschluss nicht notwendig.

Urs Schneider: Ich habe nicht schlecht gestaunt, als ich zehn Tage vor Erhalt der Unterlagen einen eingeschriebenen Brief von der Gemeinde betreffend Monopol im Hause hatte. Das hat mich geärgert. In der Fraktion haben wir auch über Nichteintreten diskutiert. Es ist mir klar, dass das Monopol im Abfallreglement vom 2002 enthalten ist und wir eigentlich gar nichts dagegen unternehmen können. Ich hoffe aber, dass die Abfallrechnung nicht nur auf Kosten des Gewerbes ins Lot gebracht werden soll, sondern die richtigen Abfallsünder zur Kasse gebeten werden. In diesem Sinn sind wir für Eintreten.

Beatrice Künzli: Ich erinnere Euch, dass Philipp Schoch schon im Jahre 1998 ein Postulat eingereicht hat und die Einführung des Monopols verlangt hat. Das Postulat wurde nicht überwiesen und im Jahre 2000 hat er wiederum eine Motion eingereicht. Im Jahre 2002 hat dann der Einwohnerrat beschlossen, das Entsorgungsmonopol im Abfallreglement festzuhalten. Wir begrüßen den Entscheid des Gemeinderates, nun endlich das Monopol einzuführen. Wir sind für Eintreten.

Stefan Löw: Wir sind für Eintreten.

://: Mit grossem Mehr gegen 1 Stimme wird Eintreten beschlossen.

Beratung

Stefan Löw: Wir sind grossmehrheitlich für die Genehmigung der Anträge. Mit dieser Vorlage suggeriert der Gemeinderat, dass man auf diesem Weg - ich stelle das zwar in Frage - die Abfallrechnung verbessern kann. Eine Gerechtigkeit gibt es, wenn man nach Gewicht verrechnet.

Fredi Wiesner: Eigentlich müssen wir gar nichts machen, weil es schon im Reglement geregelt ist. Das kann anlässlich der Budgetdebatte diskutiert werden. Im Anhang sind die Gebühren mit CHF 19.90 pro Leerung und CHF 0.258 pro Kilogramm aufgeführt. Gemäss Felix Knöpfel wird das an der Budgetsitzung festgelegt. Folge dessen sollte hier auch kein Betrag stehen. Auch mir ist der eingeschriebene Brief „sauer aufgestossen“. Dieses Schreiben steht quer in der Landschaft und hat viele geärgert. Die vielen Gewerbler müssen etwas unterschreiben, das erst danach im Einwohnerrat behandelt wird. Mit dem Brief hätte man nach der Beschlussfassung im Einwohnerrat warten sollen.

GR Felix Knöpfel: Es ist nicht vorgesehen, heute über die Gebühren zu sprechen. Bei den neueren Reglementen wird explizit auf den Anhang verwiesen. Wir finden es besser, wenn wir auch hier einen Anhang haben und dies im Absatz 4 so erwähnen. Zu den Briefen: Hätten wir bis nach der Budgetsitzung gewartet, dann hätte dies auch zu Verärgerungen geführt. Das haben wir so mit dem Präsident des Gewerbe- und Industrievereins abgemacht und zuerst orientiert, bevor etwas eingeführt wird. Das hat sich in der jüngsten Vergangenheit auch bewährt. Für Euch ist doch wichtig zu wissen, dass etwas kommt. Die vorliegenden Anträge der SP sind nicht sehr glücklich formuliert.

Heinz Schiltknecht: Wenn wir eine Reglementsänderung mit integriertem Anhang machen, dann legen wir genau auch den Betrag neu fest. Und diese Zahlen sind per 1. März 2007 verbindlich. Ihr könnt doch jetzt nicht sagen, dass die Zahlen noch gar nicht richtig sind. Wir haben eine Reglementsänderung, einen Anhang und Gebühren dazu. Das sind 3 prinzipielle Entscheidungen und wir legen damit etwas Rechtsverbindliches fest. Mein Antrag ist korrekt und viel transparenter.

Urs Hess: Mit unserem Gemeinderat wird es immer komplizierter und schwieriger. Ich finde es aber gut, wenn das Gewerbe vorher orientiert wird. Aber warum ein eingeschriebener Brief? Jetzt höre ich, dass die angegebene Gebühr allenfalls doch anders ist. Auf Deutsch: Das Gewerbe muss die Abfallrechnung für diejenigen bezahlen, die gar nichts bezahlen. Im Weiteren ist ein Monopol immer teurer, als wenn der freie Markt spielt. Wir kaufen hier eine Katze im Sack und ich stelle den Antrag, das Geschäft zurück zu weisen.

GR Felix Knöpfel: Der Gemeinderat will in zwei Schritten vorgehen. Heute ändern wir das Reglement gemäss unserem Antrag in einer ersten Lesung und im Dezember werden die Gebühren festgelegt. Aus Gründen der Transparenz haben wir den Anhang so aufgeführt, wie er dann im Dezember kommen wird. Eine Rückweisung wäre ungeschickt.

Beatrice Künzli: Im Reglement ist das Entsorgungsmonopol festgeschrieben. Das Monopol garantiert die Gleichbehandlung der Einwohner und im Moment ist das Gewerbe ein wenig im Vorteil.

Dieter Stohler lehnt die Rückweisung ab.

Fredi Wiesner: Ich bin für Rückweisung. Im Anhang stehen Frankenbeträge. Der Brief an die Gewerbetreibenden war nicht nur eine Orientierung. Es lag eine Anmeldung bei und die Aufforderung, eine Unterschrift zu leisten.

GP Beat Stingelin: Es macht Sinn, diesen Brief vorher abzuschicken, weil die Unternehmen Verträge eingegangen sind. Diese Verträge müssen gekündigt werden. Im Antrag steht: „Die Gebühren werden im Anhang aufgeführt.“ Diese Liste wird dann an der Budgetsitzung abgesegnet. Es ist richtig, dass wir das Gewerbe in verschiedenen Bereichen bevorzugen wie bei Ausschreibungen und bei den Wasser- und Abwassergebühren. Unsere Einwohnerinnen und Einwohner sind Konsumenten des Gewerbes und es kann nicht sein, dass man beim Abfall nichts wissen will oder so tut, als will man nichts wissen. Man darf nicht nur die Rosinen herauspicken. Das Monopol muss ehrlich und sauber umgesetzt werden. Ich will nicht, dass bei Ausschreibungen die Abfallentsorgung ein Kriterium wäre. Ich bitte das Gewerbe, Hand zu bieten.

Urs Hess: Das Gewerbe will sich nicht vor einer Entsorgungsgebühr drücken.

Gert Ruder und **Stefan Löw** lehnen den Rückweisungsantrag ab.

://: Mit grossem Mehr gegen 9 Stimmen wird der Rückweisungsantrag abgelehnt.

Dieter Stohler: Ich finde es gut, dass der Gemeinderat die Vorschläge der RPK aufnimmt. Die meisten wissen, ausser dem damaligen Präsidenten der Abfallkommission, dass das Monopol eingeführt ist. Zum Antrag der SP: Ziffer 3.1 ist falsch und wäre ein unzuständiger Beschluss, weil dies bereits in einem Reglement steht. Auch Ziffer 3.2 ist formell falsch und unnötig, weil plötzlich das Verfahren geändert wird. Über Gebühren wird immer im Budget abgestimmt. Hier werden Zahlen erwähnt. Mit Ziffer 3.3 wird das zwar wieder korrigiert. Ich stimme dem Gemeinderat zu, der das jedes Jahr mit dem Budget beschliessen will. Aber es ist ihm ein kleiner Fehler unterlaufen, weil er die Zahlen im Entwurf hineingeschrieben hat. Das ist nicht richtig. Die beiden Zeilen mit den neuen Frankenbeträgen im Anhang kommen erst hinein, wenn das Budget beraten worden ist.

Heinz Schiltknecht: Wann werden die Gebühren festgelegt? Ist der Anhang ein integrierender Bestandteil des Reglements? Wenn ja, dann müssen wir heute die Gebühren festlegen. Ich kann auch ohne Reglementsänderung leben, wenn wir die Gebühren an der Budgetsitzung festlegen. Der Gemeinderat kann das Geschäft zurückziehen und wir beschliessen das beim Budget. Ich ziehe meine Anträge zurück.

Urs Schneider: Ich weise darauf hin, dass im Schreiben an das Gewerbe die neuen Preise erwähnt worden sind.

Im Verlauf der Diskussion wurden keine neuen Argumente vorgebracht.

1. Lesung

§ 11, Abs. 4

Keine Wortbegehren

§ 11, Abs. 5

Mandana Roozpeikar stellt den Antrag, die beiden konkreten Zahlen im Anhang unter Punkt d) CHF 19.90 und CHF 0.258 zu streichen.

://: Der Streichungsantrag von M. Roozpeikar wird mit 15 : 8 Stimmen und 15 Enthaltungen angenommen.

Ende der 1. Lesung

Geschäft Nr. 2452

Kenntnisnahme der Berichte der GPK und RPK zum Geschäft Nr. 2378 „Vorfinanzierung von Er- schliessungskosten durch die Fir- ma Möbel Pfister AG im Gebiet Grüssen“

Aktenhinweis:

- Berichte der GPK vom 4. September 2006 und der RPK vom 29. August 2006

Gert Ruder: Das Geschäftsreglement des Einwohnerrates sieht vor: „Sofern ein Geschäft zwei oder mehr Kommissionen zugewiesen worden ist, sollen sich deren Präsidenten über eine Aufteilung der Aufgaben oder über eine gemeinsame Behandlung und Berichterstattung verständigen.“ Diese Verständigung hat im Mai 2006 stattgefunden und das Ergebnis war, dass sich die beiden Kommissionen einzeln ihren Untersuchungsaufgaben widmen aber gemeinsam d.h. zeitgleich dem ER-Büro ihre Berichte einreichen. Das ist am 4.9.2006 erfolgt und deshalb sind im Geschäft Nr. 2452 sowohl der Bericht der RPK wie auch der Bericht der GPK enthalten. Der Auftrag an die GPK war vermutlich einfacher zu erfüllen als der Auftrag an die RPK. So hat die GPK den Blick zurück lediglich dazu benötigt, sich über die Details kundig zu machen um die vom Gemeinderat an der ER-Sitzung vom 29.8.2005 gemachten Feststellungen nachzuvollziehen und sich von den bereits getroffenen Massnahmen in Kenntnis zu setzen. Die RPK hatte jedoch sicher den weitaus schwierigeren, weil auch einen sehr selbstkritischen, Teil des Auftrages zu erledigen. Das ist der RPK aus meiner Sicht bestens gelungen, dafür gebührt ihr auch aller unser Respekt. Nun aber zurück zum Bericht der GPK. Bis Mitte, Ende 2004 war offenbar die Termin- und Geschäftskontrolle auf den einzelnen Abteilungen nur sehr rudimentär und wenig effektiv vorhanden. Bezüglich vorhandenen Pendenzen hat die GPK schon im Tätigkeitsbericht 05/06 Stellung bezogen und wird sich dieser Sache auch weiterhin annehmen. Mit Beginn des Jahres 2005 wurde durch die Gemeindeverwalterin Frau Dr. Hofstetter Schnellmann die Geschäftskontrolle reorganisiert und auf einen neuen und modernen Stand gebracht. Die GPK hat sich davon überzeugt, dass mit dieser Datenbank Fehler und Versäumnisse, wie im Zusammenhang mit der Vorfinanzierung der Erschliessungskosten Möbel Pfister, nicht mehr vorkommen sollten. Ich erlaube mir aber bei dieser Gelegenheit aber noch ein paar Worte zu „Verantwortung“, „Führung“, und „Leitung“. Abteilungsleitung oder Führung eines Departementes, kann und darf sich nicht nur auf den Bezug eines angemessenen Salärs oder Sitzungsgeldes beschränken. Denn Vorgesetzte, gleich in welchem Rang, haben ihre fachliche oder politische Führungsverantwortung bei der Leitung ihres Bereiches wahrzunehmen und müssen als Vorgesetzte wissen wie, und in welcher Qualität die an ihre Mitarbeiter übertragenen Arbeiten ausgeführt werden. Ein späteres insgeheimen Schleichen aus der Verantwortung für die Arbeit, aber auch aus der Führungs-Verantwortung bei ungenügender Qualität der Arbeit, darf weder bei Mitarbeitern und Vorgesetzten, aber auch bei Behördenmitgliedern nicht mehr toleriert werden. Die GPK erwartet, ja verlangt,

dass alle Instanzen ihre fachliche und politische Führungsverantwortung übernehmen und die Leitung und Führung von Abteilungen auch im oben genannten Sinne wahrgenommen wird. Aus den damals gemachten Fehlern wurde gelernt und die GPK geht davon aus, dass durch die jetzigen Verantwortlichen die richtigen Massnahmen für eine bleibende Verbesserung in der Zukunft eingeleitet worden sind. Die GPK wurde in sehr offenen und vertrauensvollen Gesprächen über die damaligen Fehlleistungen informiert und in ihrer Untersuchungsarbeit unterstützt. Dafür bedankt sie sich ausdrücklich. Ich bitte den Einwohnerrat, diesen Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Stephan Burgunder: Ich gebe den Dank an Heinz Schiltknecht und Beatrice Künzli weiter. Das Ganze war tatsächlich sehr aufwändig. Wir mussten bis in das Jahr 1995 zurück. Die erste grosse Hürde war, überhaupt alle Akten zu finden. Das ganze Geschäft ist tatsächlich sehr komplex und für den Laien sehr schwer zu verstehen. Das Geschäft wurde auch von vielen Wechseln geprägt. Die Treuhandgesellschaft, der Gemeinderat, der Einwohnerrat und die Kommissionen haben gewechselt. Die ROD hat bereits im ersten Bericht auf den Ausstand hingewiesen. Aus heutiger Sicht hat die damalige RPK zu wenig stark interveniert, die Verjährungsfrist war jedoch bereits abgelaufen. Das Wichtigste aber ist, dass sowohl die Verwaltung als auch die RPK Massnahmen getroffen haben. So etwas sollte in Zukunft nicht mehr passieren. Die RPK stehen absolut für Vorfinanzierungen ein. Wir erhalten günstiges Geld und günstiger kommen wir nicht dazu. Ich bitte Sie, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Mauro Pavan verdankt im Namen der SP-Fraktion die Arbeit und nimmt die Berichte zur Kenntnis.

Albert Willi: Auch die SVP-Fraktion nimmt die Berichte zur Kenntnis, aber ich finde es schade, dass wir keine Konsequenzen ziehen können.

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Der Einwohnerrat nimmt die Berichte der GPK und RPK zum Geschäft Nr. 2378 „Vorfinanzierung von Erschliessungskosten durch die Firma Möbel Pfister AG im Gebiet Grüssen“ zur Kenntnis.

Geschäft Nr. 2453

Planung Pratteln Nord, Freigabe des Planungskredites für die Erarbeitung der Nutzungsplanung Pratteln Nord

Aktenhinweis:

- Antrag des Gemeinderates vom 3. Oktober 2006

GP Beat Stingelin: Pratteln Nord und nicht Salina Raurica, obwohl es im gleichen Gebiet liegt. Dem Landrat liegt noch keine Vorlage Salina Raurica vor. Im Juni 2007 läuft die Planungszone ab. Dies hat uns veranlasst, die Planung Pratteln Nord wieder aufzunehmen. Nach dem Moratorium und der Planungszone drängt die Industrie und das Gewerbe und will wissen, wie es weitergeht. Wir müssen diese Planung unbedingt an die Hand nehmen, damit dort nicht ein Wildwuchs entsteht. Wir möchten in drei Schritten vorgehen: Teilzonenplan Schweizerhalle, TZP Zurlinden und TZP Längi. Als erstes geht es um den TZP Schweizerhalle, weil dort bereits vieles „spruchreif“ ist. Dann die Längi, weil hier bekanntlich im Jahre 2008 die S-Bahnstation „Salina

Raurica“ erstellt wird. Wir hatten im Budget CHF 200'000 und in dieser von Ihnen verlangten Sondervorlage erwarten wir die Zustimmung zu den CHF 164'000. Wir möchten dort die Aktivitäten steuern.

Alber Willi: Wir möchten das Geschäft zurückweisen und möchten eine Vorlage, die nur das Gebiet Schweizerhalle enthält. Der Rest kann geplant werden, wenn wir wissen, was der Kanton will. Wenn schon der Kanton Salina Raurica plant, dann soll nicht Pratteln planen. Der kantonalen Planung weht ein starker Gegenwind von Seiten der Gemeinden Augst und Pratteln entgegen. Also warten wir ab, denn wir wissen auch nicht was der Landrat beschliessen wird.

GR Max Hippenmeyer: Ich bitte Sie, diesem Antrag nicht zuzustimmen und bin überrascht, wie konstruktiv, respektiv destruktiv die SVP heute Abend ist. Alles wird mit fadenscheinigen Gründen zurückgewiesen und das führt nirgends hin. Die Planung Nord ist genau eine solche Massnahme, um die Finanzen mittelfristig in den Griff zu bekommen. So zu politisieren macht keinen Spass. Wir müssen vorwärts machen.

Benedikt Schmidt, Olga Aeberhard und Rös Graf sind für Eintreten und lehnen die Rückweisung ab.

Gert Ruder: Ich lehne die Rückweisung ab. Wir werfen hier einen Rettungsanker aus und können noch einige wenige gute Ideen an Land ziehen, die generiert worden sind. Die Planung Salina Raurica ist ein Fiasko und das allerschlimmste wäre, wenn wir nicht mindestens Teilverbesserungen machen.

Urs Hess: Wir haben einen konstruktiven Vorschlag gebracht. Auch wir wollen das Geld effizient einsetzen und es dürfen nicht zwei Planungen stattfinden. Wir wollen nichts verzögern und wir sind immer dafür eingestanden, dass man so schnell wie möglich den bauwilligen Personen entgegen kommen kann. Wir wollen keine Planungsleichen.

GP Beat Stingelin: Ich verstehe die Befürchtungen. Wir dürfen nichts zurückstellen und dürfen auch nicht einen Teil daraus nehmen. Die Landbesitzer werden nochmals „stillhalten“, wenn wir die Planung vorantreiben. Das ist für unsere Gemeinde enorm wichtig, sonst werden wir überrollt. Und zwar im negativen Sinn.

Stefan Löw: Wir müssen das gesamtheitlich betrachten und es ist wichtig, dass wir das Dossier Pratteln Nord weiterbearbeiten.

://: Der Rückweisungsantrag wird mit grossem Mehr gegen 10 Stimmen abgelehnt.

André Stöckli: Die FDP-Fraktion ist klar der Meinung, dass es voran gehen muss, denn es ist Fünf vor Zwölf. Der Gemeinderat hat das Szepter in die Hand genommen. Wir stimmen dem Antrag zu.

Benedikt Schmidt: Pratteln Nord wurde sistiert und in der Vergangenheit wurden zwei Kredite für die Planung gesprochen. Wieso wird das noch einmal neu gemacht? Macht die Dreiteilung für ein Gesamtgebiet Sinn? Ich schlage vor, das Geschäft an die BPK zu überweisen.

André Stöckli: Wir beschliessen hier über das Geld und das gehört nicht in die BPK. Wenn die Nutzungsplanung auf dem Tisch liegt, dann bin ich der erste, der einer Überweisung an die BPK zustimmt.

GP Beat Stingelin: Das macht keinen Sinn, weil die Kommission nicht die Arbeit der Planer übernehmen kann. Man hat tatsächlich schon Geld ausgegeben, aber man hatte einen ganz anderen Horizont. Hier werden wir keine Planungsleiche haben, denn alle „rennen uns die Bude“ ein. Man hat früher Industriegleise vorgesehen, heute müssen wir dort ganz anders entwickeln. Mit der S-Bahnstation und zusammen mit Augst müssen wir das Gebiet so entwickeln, dass wir einen besseren Wohnraum erhalten. Im Gebiet Zurlinden haben wir viele Anfragen von Firmen für Erweiterungen. In Bezug Dürrenhübel haben wir schon darüber diskutiert und am 23. November werden wir mit der Rheinsaline Gespräche führen.

Rös Graf lehnt eine Überweisung an die BPK ab.

Benedikt Schmidt: Die drei Teilzonenpläne sollten durch die BPK abgeklärt werden. Es geht hier um Inhalte und nicht nur um Finanzen.

GR Max Hippenmeyer: Dieser Betrag wurde mit dem Budget bewilligt, aber der Einwohnerrat hat eine Sondervorlage verlangt um genau zu wissen, wie das Geld verwendet wird. Der Antrag macht keinen Sinn.

Bruno Baumann: Es geht um Arbeitsplätze und wir dürfen nicht verhindern, wenn neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Ich lehne den Antrag ab.

Benedikt Schmidt: Ich begreife das Verfahren aber hier geht es um drei Teilzonenpläne.

://: Der Überweisungsantrag an die BPK wird mit grossem Mehr gegen 8 Stimmen abgelehnt.

Fredi Wiesner: Ich war schon beim Budget gegen die Ausgabe der CHF 200'000. Ich kann mir nicht vorstellen, dass der Kanton viel Geld ausgibt und die Frist verstreichen lässt, ohne dass etwas passiert. Dort wird etwas gehen. Bei der Schweizerhalle macht es Sinn, Geld auszugeben. Alles andere ist ein „Hin und Her“. Auch betreffend S-Bahnstation gab es nur Mutmassungen. Wenn die Planung des Kantons stirbt, dann glaube ich nicht, dass der Bahnhof kommt.

Petra Ramseier: Ich bitte Sie, den Überblick über alle drei Gebiete zu behalten. Bei den Nutzungsvorstellungen unter Punkt 5.4 möchte ich festhalten, dass die ökologische Vernetzung über alle drei Teilgebiete im Auge behalten wird. Im Weiteren sind die naturnahe und ökologische Umgebungsgestaltung bei den Projekten über alle drei Teilgebiete vorzusehen.

GP Beat Stingelin: Wir haben Fachberater für die Ökologie mit CHF 20'000 budgetiert. Wir wollen ganz klar diese Vernetzung. Für die S-Bahnstation ist ein Baugesuch publiziert. Nachzulesen im Prattler Anzeiger. Der Kanton ist rund drei Ebenen weiter oben „geflogen“ als wir. Wir müssen in die Tiefe und die Details berücksichtigen.

Urs Hess: Zur Rheinstrasse: Die Strasse gehört dem Kanton und ich bin der Meinung, dass das nicht die Gemeinde bezahlen muss.

GP Beat Stingelin: Wir müssen die Idee des Kantons mitberücksichtigen.

Der Rat beschliesst mit 22 : 14 Stimmen und 2 Enthaltungen:

://: Der Einwohnerrat bewilligt die Freigabe des Planungskredites von CHF 164'000.--.

Die Sitzung wurde um 22.15 abgebrochen.

Pratteln, 16. November 2006

Für die Richtigkeit:

EINWOHNERRAT PRATTELN

Der Präsident Der Sekretär

Siegfried Siegrist Bruno Helfenberger